

Bonn, den 3. Juni 1967

2/AVII/117

Mir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Der alte Mann und das Mönchlein</u> Dortmund · der Parteitag des CDU-Vorrats	27
3 - 3a	<u>Besoldungserhöhung ist möglich</u> Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg Von H.G. Ritzel, MdB	52
3a	<u>Katholische Kirche - kommunistisch infiziert?</u> Merkwürdigkeiten des spanischen Streikgeschehens	23
4 - 5	<u>Strafrecht und Strafrechtreform</u> Wertvolle Anregungen beim Sozialarbeitertreffen der Arbeiterwohlfahrt	30
6 - 7	<u>Zwischen Chaos und Demokratie</u> PLN und OAS auf neuen Pfaden Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	61

\* \* \*

\* \* \*

-----  
Chefredakteur Günter Herkecheffei

## Der alte Mann und das Mönchlein

### Dortmund - der Parteitag des CDU-Unmuts

et. - Josef-Hermann Dufhues (53), seines Zeichens CDU-Landesvorsitzender in Westfalen und Innenminister in der Düsseldorfer Landesregierung des Rheinländers Dr. Franz Meyers, sah leicht verdutzt seinen Parteifreund an, der ihm auf der Treppe zum Parteitagbüro verschmitzt-keptisch zurief: "Mönchlein, Mönchlein ...". Dieser Mann, Dufhues, der mit seinem runden Lebensgenissergesicht so gar nicht nach einem Mönch aussieht, geht wirklich einen schweren Gang. Das durch zahlreiche Beleidigungen vor dem Dortmunder CDU-Parteitag offenkundig gewordene Versagen Konrad Adenauers als Parteiführer hat in dem Parteivolk ein solches Gebirge an drängenden Erwartungen nach besserer Organisation und bester, zielbewussterer Führung anwachsen lassen, dass der Weg des Josef-Hermann Dufhues als der erste geschäftsführende Vorsitzende der CDU-Geschichte von Anfang an mit einer auf den ersten Blick schier unabwägbaren Hypothek an Hoffnungen belastet ist.

Der Schrei des aus der Euphorie der traditionellen Adenauer-Siege herausgerissenen Parteivolkes "Alle Macht an Dufhues", rief schon in Dortmund das kühle Echo des Präsidialmitgliedes Dr. Eugen Gerstenmaier hervor: "Kun gut - aber wir sind auch noch da". Die Bitte Gerstenmaiers, man möge Menschlichkeit mit Dufhues üben und nicht jetzt schon daran denken, dass man ihn in zwei Jahren, beim nächsten Parteitag, "zur Kasse" rufen würde, hatte unter diesen Umständen kein übermäßig menschenfreundliches Gesicht. Und der alte Mann, der sich mit einer nur aus seinen 26 Dreissenzehnjahren verständlichen Verkrampftheit an seine Ämter klammert (die-esse "Sie müssen mich schon bis auf weiteres ertragen" konnte auch einem Nicht-CDU-Mitglied unter die Haut gehen), liess keine Möglichkeit, um den ihm aufgezwungenen Parteileiter noch vor dem ersten Bühnenauftritt vom Piedestal zu zerren, dass er dem Dufhues ebenso wenig gönnt wie dem Ludwig Erhard die "Kronprinzenschaft" und die Partei-Popularität, die seine eigene, durch einen rapiden Autoritätsverlust so sehr angeschlagene Beliebtheit um das mindestens Dreifache übertrifft, wie sich allein schon nach den Phonzahlen des Parteitagsteilfalles ablesen liess. Wenn es nach Adenauer ginge, dann würde aus Dufhues entweder eine Art "Erfüllungsgehilfe des Parteivorstandes" oder noch lieber nur ein "gehobener Parteischreiber" oder bestenfalls ein public relations-Supermanager mit Sondervollmacht werden. Kein Wunder, dass Dufhues zur Selbsthilfe griff und sich vor dem Forum der Westfalenhalle-CDU-Kundgebung ausbedang, dass er doch auch für die "Politik" zuständig zu sein hätte.

Angesichts dieses peinlich-läppischen Hickhacks um den "Kettler der Partei", dem seine Mitführer nicht die Butter auf dem Brot gönnen, und angesichts des geradezu serienweisen Aufbegehrens der Belegierten bot sich die Charakterisierung des Dortmunder CDU-Kongresses als "Parteitag des Unmuts" aus dem Wortschatz dieser Belegierten geradezu zwangsläufig an. Einer nach dem anderen gingen sie auf die Tribüne und zeigten mit ihren Fingern auf die Parteiführung, liess: Adenauer, der sie eine ganze Litanei an Mängelzügen vorhielten. Dieses Scherbengericht einer nicht nur durch die schreck- und schmerzhaftige Wahlniederlage vom 17. September 1961 unruhig gewordenen Parteivolkes erreichte seinen Höhepunkt mit der kalten Forderung eines Sprechers für die Stimmung in der Mehrheit der

CDU-Mitglieder, dass Adenauer nun wirklich bald zurücktreten sollte. So lange er das noch könne: "Lieber um zwei Jahre zu früh, als ein Jahr zu spät".

Es sieht so aus, als ob diese Sorge der CDU-Parteitagdelegierten, es könnte schon ein Jahr zu spät sein, bereits heute zuträfe.

Beobachter der CDU-Partei Kongresse der letzten Jahre konnten in Dortmund diesen Ab- und Ausfall Konrad Adenauers geradezu greifbar deutlich miterleben. Oder wäre es früher möglich gewesen, dass eine brave andere Parteitags-Delegierte von der Tribüne um Milde für den alten Mann gebeten hätte? Milde gegen die harten, oft mitleidlosen Angriffe und Kritiken aus den eigenen Reihen? Der 86-Jährige kann mit seinem Anklammern an die "Ära Adenauer", deren Ende er "bis auf weiteres" nicht wahrhaben will, nicht verhindern, dass das Stundenglas langsam ausräumt. Und ganz zweifellos hat er Recht, wenn er in Dortmund in einer seiner zahlreichen Vortragsleistungen der Partei mitteilte, dass mit dem "Ende der Ära Adenauer die Welt nicht untergehen würde" - sie geht nicht unter. Sie ging auch nicht unter, als sein grosser Freund Dulles starb, dem er, ein rührendes Bühnenspieler, auch in Dortmund wieder Leben einhauchen wollte, ohne dessen Politik aus der verrottenden Vergangenheit zurückholen zu können.

Das messbar bevorstehende Ende der "Ära Adenauer" liess es auch dazu kommen, dass dieser ganze Dortmunder CDU-Parteitag mit Kanzler, Ministern, Vorstand, Ausschuss und Delegierten vom ersten bis zum letzten Tag sich von dem grossen Gegner SPD wie fasziniert zeigte. Adenauers eigene Reden waren durchflochten von dem Bemühen, das "parteilpolitische Phänomen" der neuen SPD des Godesberger Programms mit den ihm zu Gebote stehenden, aber offensichtlich ungenügenden Mitteln zu erfassen. Die Zeiten, in denen er mit der neuschwänzigen Geissel gegen die böse SPD, wie er sie sich zusammengebastelt hatte, einschlagen konnte, sind ihm zwischen den Fingern verronnen. Er sucht verdrückt nach einer Opposition, die er so wenig zu erkennen vermag, dass ihm der junge Parteiprogrammatiker Dr. Barzel Nachhilfeunterricht geben und ihn vor der neuen "viel härteren und raffinierteren Opposition" warnen muss. Ob diese Nachhilfe etwas nützte, war nicht zu erkennen.

Aber das ist nicht die einzige Sorge dieser CDU, deren Führer in Dortmund zwar viel und lange und laut redeten, die aber trotzdem ihrem sterbenden Parteivolk praktisch nichts anderes auf die Bruststrecke der nächsten Jahre mitgeben konnten als einen geschäftsführenden Vorsitzenden, an den sich nun alle Hoffnung klammert.

Der notleidenden CDU-Organisation wird die feste Dufhues-Hand vermutlich gut bekommen, das Programm aber, das der sich um das "C" schaffenden CDU den so sehnstüchtig erwarteten ideologisch-geistigen Nektar spenden sollte, das hat noch gute Weile. Josef-Hermann Dufhues hält nicht viel von Programmen, er will die CDU mit Pragmatismus für heute und morgen an dem eigenen Zopf hochreissen, dabei ist nicht nur für Dufhues der alte Mann ein lästiger Klotz am Bein. Dortmund hat das offenkundig gezeigt.

+ + +

Besoldungserhöhung ist möglich

Von H.G. Ritzel, MdB

Bundesfinanzminister Dr. Starke hat in einer Veranstaltung in Hagen erklärt, die Bundesregierung habe in bezug auf die Forderung auf Besoldungserhöhung für Beamte und (wie wir annehmen) auch hinsichtlich der Erhöhung der Kriegsoffiziersrenten entschieden, daß für jede Mehrausgabe ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden müsse. Das ist gut so, denn dann kann das Parlament zu den wankelmütigen Vorgängen der letzten Zeit auch seine Meinung sagen. Und es ist sogar verfassungsmäßig richtig, weil es sich in den zur Debatte stehenden beiden Fällen um vorhersehbare Bedürfnisse handelt. Man konnte die Bedürfnisse, man konnte sie voraussehen, man hat sie nur ignoriert!

Wenn die Kritiker der Forderungen die Protokolle des Bundestags und des Haushaltsausschusses nachlesen würden, könnten sie erkennen, daß die Sozialdemokraten Sparvorschläge gemacht hatten, deren Nichtbeachtung sich bereits jetzt zu rächen beginnt. Ohne Nachteile für die Menschen in der Bundeswehr wären erhebliche Beträge im Verteidigungshaushalt einzusparen. Ein entsprechender sozialdemokratischer Antrag wurde abgelehnt. Die Sozialdemokraten haben verlangt, daß die in fast jedem Bundesministerium zu beachtende Einrichtung größerer oder kleinerer Propagandabteilungen unterbleiben sollte. Abgelehnt! Die SPD hat Vorschläge zur Vereinfachung und damit Verbilligung der Verwaltung gemacht. Abgelehnt! Sie hat der Belastung des Steuerzahlers mit 161 Mio LM durch Übernahme eines noch nicht aufgenommenen Anleihebetrags aus dem Vorjahr in den ordentlichen Haushalt dieses Jahres widersprochen. Abgelehnt! Auch der Bundesrat hat mit der unveränderten Annahme der Mehrheitsbeschlüsse des Bundestags zum Haushalt 1962 die Sparvorschläge der Sozialdemokraten abgelehnt und den Länderbeitrag von 1050 Mio DM zum Haushaltsausgleich unverändert akzeptiert. Jetzt wird gefragt, woher die Mittel zur Deckung der doch unvermeidbaren Mehrausgaben für Erhöhung der Grundrenten der Kriegsoffiziere und der Beamtenbesoldung kommen sollen. Es handelt sich im Ganzen um etwa 400-450 Mio DM. Diese Summe kann aufgebracht werden! Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg! Der Finanzminister weiß dies - er sollte es zugeben.

Der Etatansatz für Inanspruchnahme aus Bürgschafts-, Gewähr- oder anderen ähnlichen Zwecken dienenden Verträgen sowie Zahlungen zur Anwendung des Eintritts von Schadensfällen ist mit 200 Mio DM erfahrungsgemäß um mindestens 100 Mio DM überzogen. Hier können aus Kap. 3208, Titel 525, rund 100 Mio DM freigestellt werden.

Nach § 8 des Haushaltsgesetzes sind 20 % der Mittel für die Fortführung begonnener und für neue Bauassnahmen des Bundes sowie die Ausgabeansätze zur Förderung von Bauassnahmen anderer Stellen gesperrt. Die Sperre beruht angeblich nicht auf fiskalischen sondern auf konjunkturrempfenden Erwägungen. Die Sozialdemokraten fordern die Aufhebung der Sperren bezug auf den Straßenbau. Hier liegt auch keine Überhitzung der Konjunktur vor. Es verbleiben dann noch etwa 250 Mio DM, die bei Aufrechterhaltung der Sperre im Übrigen für Beamtenbesoldung und Kriegscapitalrenten zur Verfügung stehen.

Mit den oben erwähnten 161 Mio DM, die für vermögenswirksame Zwecke benötigt werden und weder den ordentlichen Haushalt noch das laufende Rechnungsjahr belasten müssen, stehen dann 511 Mio DM zur Verfügung. Damit kann der Bund seine sozialpolitische Verpflichtung gegenüber den Kriegsoffizieren und seine Verpflichtung als Arbeitgeber gegenüber den Bundesbeamten und den Beamten der Bundesbahn erfüllen. Der Weg bietet sich an, ist der Wille da, ihn zu gehen?

+ + +

#### Katholische Kirche - kommunistisch infiziert?

---

sp - Wenn irgendwo unterdrückte Menschen ihr Recht begehren, wenn in totalitär regierten Staaten Arbeiter aufstehen und an den Grundfesten des Regimes rütteln, dann sind sie entweder dazu von Kommunisten oder von Agenten des westlichen Kapitalismus aufgestachelt worden - je nachdem welche Farbe das Regime hat. Der Juniaufstand 1953 in der Zone und der Ungarnaufstand im Oktober 1956 waren das Werk einer westlichen Verschwörung - so ertönte es aus Moskau. Bei der nun ausklingenden Streikwelle in Franco-Spanien standen die Kommunisten dahinter - so das offizielle Madrid, und es bezieht sogar hohe und höchste katholische Würdenträger ein. Sie wären kommunistisch infiziert und hätten die päpstliche Enzyklika "Mater et Magistra" auf ihre eigene Weise interpretiert und angewandt, als sie den Streikenden ihre Unterstützung gaben. Den besonderen Zorn Francos zogen sich die katholischen Arbeiter-Laienvereine zu, die in einem Flugblatt unter Berufung auf die päpstliche Soziallehre gerechte Löhne, Gewinnbeteiligung, Eigentum an Unternehmen und Versammlungsfreiheit verlangt hatten. - Katholische Bischöfe und Priester als Kommunisten - diese irrsinnige Beschuldigung kommt von Vertretern eines Regimes, das sich gern und oft als Vorkämpfer des christlichen Abendlandes bezeichnet. Werden seine Vor- und Herrschaftsrechte bedroht, dann ist es freilich mit christlicher Gesinnung vorbei. Stellt sich die Kirche aus wohlwollenden Gründen gegen das Regime, wie es bei den Streiks in Spanien geschah, wird aus dem Freund von gestern heute ein vom Kommunismus infizierter Gegner. - In der "Mater et Magistra" liegt politischer und sozialer Sprengstoff. Richtig angewandt wird er zum Alpdruck jener beharrlichen Kräfte, die sich Veränderungen überlebter gesellschaftlicher Machtverhältnisse versperren.

+ + +

### Strafrecht und Strafrechtsreform

Hn. - Im Mittelpunkt eines Sozialarbeitertreffens, das die Arbeiterwohlfahrt vom 30. Mai bis zum 3. Juni 1962 in Bad Godesberg veranstaltete, stand ein Problem, das, obwohl es scheinbar nur einen relativ kleinen Teil der Gesellschaft berührt, tatsächlich jedoch ein Brennpunkt gesellschaftlicher Wirklichkeit ist: Strafrecht und Strafrechtsreform.

Von den sieben Arbeitsgemeinschaften zum Hauptthema der Tagung befassten sich mindestens drei mit Teilaspekten der Strafrechtsdiskussion: "Forderungen der Gefährdetenfürsorge an das Strafrecht"; "Strafvollzug und Straftentlassenonhilfe"; "Zewährungshilfe". Verwandte Themen behandelten die anderen Arbeitsgruppen: "Zeugnisverweigerungsrecht und Schweigepflicht des Sozialarbeiters"; "Aufsichtspflicht des in der Gruppenarbeit tätigen Sozialarbeiters"; "Abwegiges Sexualverhalten als Problem in der Arbeit des Sozialarbeiters"; "Problematik der Reform des Jugendgerichtsgesetzes". Auch die beiden Hauptreferate galten dem Thema Strafrechtsreform.

#### Ursachen der Kriminalität

Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer, Frankfurt/M., der über "Forderungen der Gesellschaft an die Strafrechtsreform" sprach, wies darauf hin, dass die Kriminalität schlechthin wie auch jedes einzelne kriminelle Delikt in enger Beziehung zur jeweiligen sozialen Wirklichkeit stehe - an jedem Delikt ist die Umwelt des Delinquenten mittelbar oder unmittelbar beteiligt. Die moderne Kriminologie gehe davon aus, dass die Kriminalität des Einzelnen Ergebnis eines Spannungsverhältnisses ist, das aus wirklichen oder vermeintlichen Benachteiligungen des Individuums durch Natur oder Gesellschaft, durch das Un-erfülltbleiben seiner - menschlich und sozial bisweilen sehr wohl begründeten - Ansprüche erwächst und gefördert wird. (Hier ergibt sich die Beziehung zwischen Sozialarbeit und Kriminalitätsbekämpfung.) Diese Ursachen der Kriminalität darf ein gerechtes Strafrecht nicht übersehen. Blosser Gesetzesmechanik verfehlt ihre Wirkung; erforderlich sind Schutz- und Behandlungsmaßnahmen. Der Strafrichter sollte nicht nur Jurist, sondern auch medizinisch, pädagogisch und sozialpflege-risch geschult sein; besser noch ist ein Gesamtdomentsprechend ausgebildeter Sachverständiger.

Meinungsumfragen haben ergeben, dass weite Kreise der jetzigen Gesellschaft, besonders in Deutschland, einer Strafrechtsauffassung huldigen, die, vom Vergeltungs- und Abschreckungsdenken ausgehend, eine Verschärfung der Strafen und des Strafvollzuges sowie die Wiedereinführung der Todesstrafe fordert. Begründet wird dieses Rechtsdenken mitunter sogar von theologischer Seite mit dem Hinweis, die

"Obrigkeit" müsse ihr "Schwert" zur Bekämpfung des Verbrechens führen. Dr. Bauer liess keinen Zweifel daran, dass ein so autoritäres Staatsbewusstsein mit dem Geist des Bonner Grundgesetzes unvereinbar ist. Solch archaische Ideologien, so erklärte der Generalstaatsanwalt, zeugten nur zu oft vom Bemühen ihrer Vertreter, sich gegen den Verdacht eigener krimineller Labilität abzuschirmen. Fortschrittliche Bewegungen, voran die Sozialdemokratie, treten seit fast einem Jahrhundert für ein Erziehungs-, Besserungs- und Schutzstrafrecht ein, das dem wohlverstandenen Interesse des Gesellschaftsganzen dienen will, indem es die Resozialisierung des straffällig Gewordenen fördert. Abschliessend betonte Dr. Bauer, dass eine Strafrechtsreform, die diesen Namen verdiene, mit Nüchternheit, ohne "Zorn und Eifer", mit Wissen statt mit Aberglauben und Vor-Urteil, mit demokratischem und sozialem Denken und Handeln gestaltet werden müsse.

#### Forderungen des Sozialarbeiters

Amtsgerichtsrat Dr. Roestel, Kiel, sprach über "Forderungen des Sozialarbeiters an die Strafrechtsreform". Zu einigen Delikten, deren Beurteilung in dem noch nicht verabschiedeten Strafgesetzentwurf neu geregelt ist, warf der Redner jeweils zwei Fragen auf: Inwieweit ist die Strafandrohung gerechtfertigt vom sozialen Gewissen her und aus der Kenntnis des Menschen und seiner Nöte? Inwieweit ist die Strafandrohung ausreichend, um den gesellschaftlich notwendigen Schutz zu sichern? Unter diesen Aspekten erörterte Dr. Roestel die Straftatbestände der Kindesstiftung durch die uneheliche Mutter, der Kindesmisshandlung, der Sittlichkeitsverbrechen an Kindern, der Homosexualität und der Kuppelei. Des weiteren beschäftigte sich der Referent mit der Geheimhaltungspflicht des Sozialarbeiters und mit dem Konflikt, den dieser als Zeuge vor Gericht in sich auszutragen hat. Den Berufsverbänden ist daran gelegen, künftig alle Sozialarbeiter zur Geheimhaltung der ihnen beruflich anvertrauten Tatsachen zu verpflichten. Von daher sei es notwendig zu prüfen, so folgerte Dr. Roestel, ob etwa ein Zeugnisverweigerungsrecht des Sozialarbeiters auch in Strafprozessen zu rechtfertigen sei.

Es ist kein gutes Zeichen, dass die bevorstehende Strafrechtsreform bei der Bevölkerung kaum Interesse findet. In diesem Zusammenhang unterstrich die geschäftsführende Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Lotte Lemke, während ihres Schlusswortes zur Tagung die Notwendigkeit, jedesmal dann, wenn vom Rechtsstaat gesprochen werde, daran zu erinnern, dass die Bundesrepublik mehr als das sein müsse: nämlich ein sozialer Rechtsstaat.

+ + +

## Zwischen Chaos und Demokratie

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die beiden Geheimarmeen FLN und OAS, die lange Zeit dem algerischen und französischen Geschehen den Stempel aufdrückten, dürften in ihrer gegenwärtigen Form bald verschwinden. Die FLN ist im Begriff, sich in eine "politische Massenpartei" umzuwandeln, die in der neuen algerischen Republik zweifellos den führenden Platz einnehmen wird. Auch ein Teil der OAS versucht in letzter Stunde, auf den fallenden Zug der algerischen Unabhängigkeit, den sie nicht zum Entgleisen zu bringen versuchte, mit politischem Gepfück aufzuspringen.

Es ist nicht ganz zu spät: am 15. Juni beginnt in Algerien die Wahlkampagne für den Volksentscheid, der am 1. Juli die staatliche Unabhängigkeit bestätigen wird.

In dieser Perspektive stellte die französische Regierung zum erstenmal die politischen Freiheiten her: die Volksabstimmung des 1. Juli soll keine Farce sein, sondern erstmalig den Willen des algerischen Volkes wirklich zum Ausdruck bringen.

### Doppelcharakter der OAS

Ein Teil der Algerienfranzosen, bisher in den Reihen der OAS, erkennt jetzt die Sinnlosigkeit der in den letzten Wochen verübten Verbrechen und versucht, zu retten, was noch zu retten ist. Der Selbsterhaltungstrieb beginnt sich durchzusetzen. Was bedeuten die Gerüchte über geheime Kontakte zwischen bestimmten Stellen der FLN und der OAS, welchen Wert haben die Dementis?

Um diese Fragen korrekt zu beantworten, muß man den Doppelcharakter der OAS beachten: einerseits rechtsradikale Untergrundbewegung mit dem Ziel eines Umsturzes in Paris, andererseits ein Verzweiflungsakt der verhassten französischen Minderheit in Algerien.

Die beiden Strömungen prallten schon mehrmals im Untergrund zusammen, nicht nur zwischen den Obersten, sondern auch den Generälen (Salans Ziel war stets der Regimewechsel in Frankreich, während der Algerienfranzose Kouhaud vor allem an seine Heimat Oran dachte.)

Jetzt, da die Terrorabteilungen der OAS mit ihrer "Taktik der verbrannten Erde" nicht nur die Lebensgrundlagen Algeriens vernichten, sondern auch den produktiven französischen Beitrag in diesem Lande, scheitern sich die Geister.

Nur so kann man die Entschliessung der französisch-algerischen Gewerkschafter und gewisse Piratensendungen der OAS verstehen, die jetzt Töne schlagen, die noch vor kurzem unvorstellbar waren: "Wir Algerienfranzosen wollen uns mit allen Algeriern und daher auch mit der FLN verständigen und im Lande bleiben, vorausgesetzt, daß wir gleichberechtigt sind. Von Frankreich aber, das uns verlassen und verraten hat, wollen wir nichts mehr wissen. Wenn man unsere Forderung nach Gleichberechtigung nicht befreit, verlassen wir massenweise Algerien."

Diese Erklärung hat eine politische und eine psychologische Seite. Politisch hat die FLN den Algerienfranzosen seit eh und je die politische Gleichberechtigung zuerkannt, im Evian-Abkommen wurde sie ausdrücklich bestätigt.

#### Evian-Vertrag nicht zur Kenntnis genommen

Die Algerienfranzosen haben sich aber bis jetzt geweigert, den Evian Vertrag auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Die OAS entfesselte als Antwort auf die in Evian erreichten Garantien einen blutigen Bürgerkrieg gegen die Algerier und gegen die französische Regierung.

Die französische Minderheit erwacht nun aus ihrem Tummel, spät, aber vielleicht nicht zu spät. Andererseits sind die mohammedanischen Algerier durchaus daran interessiert, daß ein Großteil der Algerienfranzosen im Lande bleibt und beim Aufbau der neuen Republik mitwirkt. In diesem Sinne sind Kontakte zwischen der FLN und Schwarzfüßen, die bis jetzt in der OAS standen, erfreulich. Die Bildung einer loyalen Interessenvertretung der Algerienfranzosen, einer Gewerkschaft oder politischen Partei, wird somit nicht nur für die gegenwärtige Übergangszeit und die Wahlkampagne, sondern auch für die neue algerische Republik erwogen.

#### Algerien: Eine soziale und demokratische Republik

Die Umriss des neuen Staatswesens werden somit deutlicher. Wenn die neue algerische Regierung den Algerienfranzosen - aus wirtschaftlichen und grundsätzlichen Erwägungen - politische Rechte zuerkennt, kann man sie algerisch-mohammedanischen Parteien oder Richtungen innerhalb oder außerhalb der FLN nicht gut verweigern.

Ein typisches Beispiel dafür ist die bisherige Rivalin der FLN, die "Algerische Nationalbewegung" (MNA), die in etwas anderer Form seit ihren Bestehen das gleiche Ziel der nationalen Unabhängigkeit anstrebt. Sie kandidiert jetzt als "Parti Populaire Algérien" (PPA, Algerische Volkspartei). Ihr alter Führer Messali Hadj, der sein halbes Leben in französischen Gefängnissen und Lagern verbrachte, wurde aus seinem Zwangsarrest in der Umgebung von Paris auf freien Fuß gesetzt.

Hoffentlich ist dies auch das Ende des grausvollen Bruderkrieges zwischen algerischen Nationalisten, der Tausende Opfer kostete. Die Verständigung zwischen "messalistischen" Truppen in Südalgerien und der algerischen Übergangsregierung auf dem "Schwarzen Felsen" könnte ein günstiges Vorzeichen sein.

Die gleichen Grundsätze gelten selbstverständlich für alle Strömungen, die tatsächlich auf dem Boden der neuen Republik stehen. Die Art und Weise, in welcher das Problem der politischen Minderheiten im neuen Staatswesen gelöst wird, entscheidet letzten Endes darüber, ob Algerien wirklich nicht nur eine soziale, sondern auch eine demokratische Republik wird, wie es in den Proklamationen der algerischen Revolution von Anfang an vorgesehen war.